



FRP Working Paper 04/2011

---

## **Rückt Afrika endgültig näher?**

**von Klaus Rose**

---

April 2011

Rose, Klaus:  
Rückt Afrika endgültig näher?  
Regensburg: April 2011  
(Working Papers des Forums Regensburger Politikwissenschaftler –  
FRP Working Paper 04/2011)

Das Forum Regensburger Politikwissenschaftler (FRP) ist eine Initiative des Mittelbaus des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Regensburg. Es versteht sich als Diskussionsplattform für Politikwissenschaftler aller Teildisziplinen und publiziert online Working Papers zu politikwissenschaftlich relevanten Themen. Ziel der Beiträge ist es, auf Basis theoretischer Reflexion und unter Bezugnahme auf aktuelle akademische Debatten originelle Positionen, Erkenntnisse und Problemlösungsvorschläge in einem Format zu präsentieren, das die Profile und Kompetenzen der Politikwissenschaft für eine breitere Öffentlichkeit transparent macht.

Jede Nummer erscheint in elektronischer Version unter  
<http://www.regensburger-politikwissenschaftler.de>

Forum Regensburger Politikwissenschaftler  
Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg  
Universitätsstraße 31, D-93053 Regensburg  
E-mail: [redaktion@regensburger-politikwissenschaftler.de](mailto:redaktion@regensburger-politikwissenschaftler.de)  
Homepage: [www.regensburger-politikwissenschaftler.de](http://www.regensburger-politikwissenschaftler.de)

Herausgeber: Henrik Gast, Oliver Hidalgo, Herbert Maier  
Redaktion: Alexandra Bürger, Herbert Maier, Stephanie Rübenach

Die Signale der Freiheit kommen aus der Wüste. In ganz Nordafrika suchen Menschen nach neuen Zielen. Sie haben genug von den Machthabern, die nach der Vertreibung der europäischen Kolonialherren teilweise noch schlimmer wüteten. Hört das heutige Europa die Signale? Mit Tunesien begann es. Kein Geheimdienst in USA, Russland oder Deutschland brachte eine Vorwarnung – obwohl dort der Freitod eines jungen Akademikers ohne Job Hinweise auf Unzufriedenheit und Rumoren hätte geben können. „Plötzlich“ gingen Menschen auf die Straße, formten sich Demonstrationen, schallten Freiheitsrufe über die großen Plätze. Die Jahrzehnte herrschenden Staats- und Regierungschefs in Tunesien und später andernorts mussten das Weite suchen. In wenigen Tagen hatte sich eine so machtvolle Opposition gesammelt, dass der Schrei „Wir sind das Volk“ unüberhörbar war. Auch wenn niemand weiß, ob wirklich demokratische Strukturen festgezurrert werden können und ob es den Menschen insgesamt besser gehen wird als in den Jahren der Ausbeutung und Unterdrückung, ist die übrige Welt doch fasziniert, mit welcher Wucht und mit welcher Energie das als Joch empfundene „ancien regime“ beiseite gefegt wird. Wie in „echten“ Revolutionen sind allerdings auch Menschenopfer zu beklagen. Das Drehbuch der Französischen Revolution von 1789 scheint durchaus Pate zu stehen.

### **1. Der Blick des alten Europa auf das junge Afrika**

Holen sich die europäischen Staaten oder die EU als Ganzes in ihrem Verhalten gegenüber den afrikanischen Völkern besondere Lorbeeren? Die Stimmenthaltung Deutschlands beim jüngsten Beschluss des Weltsicherheitsrates zum „Flugverbot“ in Libyen steht im krassen Gegensatz zum Vorpreschen der Franzosen oder zur kalkulierten Einsatzbereitschaft der Briten und auch der Türken. Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) sprach den Befürwortern des Flugüberwachungs-Beschlusses zwar „ehrenwerte Motive“ zu. Er wollte aber die Bundeswehr fernhalten, und zwar auch mit einer historischen Begründung. Denn deutsche Truppen hatten schon einmal auf libyschem Boden gekämpft und andere deutsche Truppen holen sich in Afghanistan blutige Nasen. Beides sind „ehrenwerte Argumente“. Auf dem Balkan ließ man ähnliche Bedenken jedoch nicht gelten. Damals, unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und auch unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joseph Fischer (Grüne), stand die deutsche Bündnisfähigkeit höher im Kurs als die „Friedensliebe“.

Es lohnt sich bei allem der historische Blick auf Afrika. In den vergangenen zwei Jahrhunderten hatten der Kolonialismus und der Imperialismus Europäer und Afrikaner in Berührung gebracht. Frühere Weltumsegelungen der Spanier, Portugiesen oder Holländer entdeckten zwar die Küsten, verführten aber noch nicht zum Besitzergreifen. Erst der „Wettlauf zwischen den Engländern und den Franzosen“ um die ertragreichsten Beutestücke in Afrika löste den eigentlichen Kolonialismus aus. Neue Ländereien, neue Rohstoffe, neue Arbeitskräfte oder Sklaven, neue Macht für Abenteurer und auch der Blick von oben auf „die Mohren“ schienen genug Motivation zu bieten. Dass dann die Deutschen „zu spät“ kamen, ersparte diesen nicht das bittere Ende – in Afrika wie auch in Europa. Der 1. Weltkrieg war nicht nur das Ergebnis eines Wetttrüstens in Europa, eines übermütig Werdens der „Zu spät Gekommenen“. Er war auch die Eindämmung von imperialistischen Zielen des Deutschen Reichs sowie die Herrscher-Attitüde besonders der Briten. Denn wie überall auf dem Globus hatten die Briten in Afrika zum Ruhme Ihrer oder Seiner Majestät Fakten gesetzt. Die Achtung der unterschiedlichen Kulturen der Afrikaner stand nicht auf der Prioritätenliste. Auch die türkische Herrschaft im arabischen Um-

feld des nördlichen Afrika veränderte die Lebensverhältnisse. Franzosen, Portugiesen und Belgier veränderten zwar auch. Wer aber afrikanische Länder bereist, merkt sofort den Unterschied zwischen ehemals britischem oder romanischem Einflussgebiet. Das gilt nicht nur für die Amtssprache oder die Hinweistafeln, nicht nur für den Links-Verkehr auf den Straßen oder den Baustil der Paläste und Wohnhäuser. Das gilt auch nicht nur für die augenscheinliche Verlotterung hier und die stilvolle Pflege dort. Britische Kolonialherren und französische Kolonialgouverneure kümmerten sich sehr unterschiedlich um Fortschritt und Wirtschaftskraft oder um Bildung und geordnetes Arbeitsumfeld. Ungeachtet der Nachteile brachten die Kolonialherren sehr wohl neue und positive Entwicklungen. Das hinderte aber nicht daran, dass man „die Herren“ zu hassen begann. Mit dem „Mau-Mau-Aufstand“ der 1950er Jahre in der britischen Kolonie Kenia bekam Europa einen neuen Anblick von Afrika. Die langjährigen Kolonialmächte und die ausbeuterischen Unternehmer spürten, dass sich etwas zusammenbraute. Die De-Kolonialisierung begann. Neue Staaten entstanden, junge Nationen begannen die Welt zu bereichern.

## **2. Afrika leidet unter dem West-Ost-Konflikt**

Ab etwa 1960 geriet ganz Afrika in den Sog des Ost-West-Gegensatzes. Das Studium junger Afrikaner in Moskau, Peking oder auch Pjöngjang – trotz der dort bestehenden gegenseitigen Abneigung – brachte marxistische Befreiungsbewegungen als Ergebnis. Es gibt kaum einen Staat Afrikas, der nicht in blutige „Freiheitskriege“ verwickelt worden wäre. Am schlimmsten wüteten diese ideologischen Kämpfe in Angola, Mosambik, Namibia, Tansania oder Zentralafrika. Die damalige Vollversammlung der Vereinten Nationen bekannte sich durch ihre Resolutionen einseitig zur schwarzafrikanischen Zukunft und nahm marxistische Entwicklungen in Kauf. Gemäßigte Schwarze, wie Bischof Abel T. Muzorewa in Rhodesien/Simbabwe, wurden als Ministerpräsidenten bald hinweg gefegt. Dessen Aussage 1979 gegenüber dem Autor, er wolle nicht eine Politik, wo man mit großen Fahnen herumlaufe, die Leute aber verhungern lasse, erwies sich als echte Prophezeiung. Sein Nachfolger Robert Mugabe gilt inzwischen selbst ehemaligen Anhängern der marxistischen Lehren als „Schlächter“. Kurzfristig stand Mugabe im Jahr 2008 sogar auf der internationalen Liste der Geächteten. Münchens Bürgermeister Hep Monatzeder (Grüne) ließ im Juli 2008 über die „Süddeutsche Zeitung“ verlauten: „Wir dürfen Harare nicht im Stich lassen“. Doch die Zeit rettete Mugabe. Europa wurde durch andere Schlagzeilen überschwemmt.

Durch die Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2010 geriet die Republik Südafrika nochmals in den Fokus der internationalen Politik. Obwohl auch dort seit den 1960er Jahren der ideologische Ost-West-Gegensatz eingeleitet war und sogar die Deutschen innenpolitische Wahlsiege durch eine Pro- oder Kontra-Haltung anstrebten – unter Franz Josef Strauß machte die CSU noch Weltpolitik, beispielsweise auch mit Präsident Mobutu in Zaire oder Präsident Eyadema in Togo – und obwohl vieles auf des Messers Schneide stand, gelang letztlich der Übergang der Macht von Weiß auf Schwarz fast ohne Blutvergießen. In der Republik Südafrika hatten sich viele internationale Unternehmen engagiert. Nicht bloß die Ausbeutung der wertvollen Rohstofflager, sondern auch der Aufbau einer funktionierenden Industrie lag den Vernünftigen unter den Managern am Herzen. So engagierte sich beispielsweise SIEMENS, wie der Autor schon 1979 erlebte, in der Ausbildung von schwarzen Technikern oder Verwaltungsfachleuten, wohl wissend, dass sie gegen das Vorurteil verstießen, dass „die Schwarzen“ nur dumm und faul seien. Doch es gab auch „Stammeskämpfe“, wie zwischen Tutsis und Hutus 1994 in Ruanda, Burundi und Zaire.

Eigentlich gehörten alle dem gleichen Stamm an. Sie waren nur durch die deutschen und britischen Kolonialherren einem Zensus unterzogen worden, der die Grenze beim Besitz von zehn Rindern zog. Wer mehr hatte, wurde zum Tutsi, der andere zum Hutu. Selbstredend avancierten die Hutus zur „Mehrheitsfraktion“. Da das Erbe des Kolonialismus auch eine „falsche Grenzziehung“ bedeutete, die mitten durch Völker verlief, in diesem Fall durch die Tutsis in Ruanda, Burundi und Zaire (seit 1997 Demokratische Republik Kongo), stellten sich regionale Mehr-Staaten-Kriege ein. Die partielle Veränderung der Grenzen würde – da sind sich bis dato alle einig – ganz wie bei einem Reißverschluss zum Totalöffnen der Landkarte führen. Mehr als 50 anerkannte Staaten bestimmen heute bekanntlich die Landkarte Afrikas.

### 3. Das Erbe von Kolonialismus und Unabhängigkeit

Schon oft gab es schlaue Kommentare, aber auch reale Erlebnisse, die im Betrachten Afrikas eine „gefühlte Aussichtslosigkeit“ nahe legen. Viel Geld wurde in Afrika investiert. Die Entwicklungshilfe nicht bloß durch Deutschland scheint aber zu verpuffen. Nicht Afrika allein ist schuld, sondern auch die unkoordinierte Vorgehensweise der Geberländer. „Das Parlament“ (Nr. 10/11 – 7. März 2011) kam zu dem Schluss: „Auf dem Kontinent ist die Situation in vieler Hinsicht bedrückend, aber es gibt auch Signale der Hoffnung.“ Gemeint waren „Korruption, Käuflichkeit, Habgier – die großen Übel“. Zusätzlich hieß es, dass die Menschenrechte „regelmäßig mit Füßen getreten“ werden und dass in vielen Ländern Afrikas „Unterdrückung, Diskriminierung, Rassismus, Elend, Gewalt“ existierten. Es ist wohl wahr, was Amnesty International immer wieder auflistet: viele Millionen Menschen in Afrika haben kein menschenwürdiges Leben. Vor allem die Slums der Großstädte klagen an. Außerdem sind kolonialistisch und ideologisch entstandene Flüchtlingsprobleme ungelöst.

Wahr ist aber auch, dass die Menschen mutiger werden. Sie äußern offen ihre Klagen und geben sich kämpferisch. Sie laufen nicht mehr einzelnen Verführern nach, die sich zu neuen Herren aufschwingen. Es sind vor allem die Kirchen, die gemeinsam gegen alle Übel angehen. Missstände werden oftmals offen angeprangert. Und es ist das Internet, das eine Artikulations- und eine Organisationsfähigkeit bietet. Inzwischen wird in Kenia sogar die Korruptionsbekämpfung über das Internet gesteuert. Man kann anonyme Hinweise geben, denen nachgegangen wird. Ein „Aktenzeichen XY“, wie im Zweiten Deutschen Fernsehen, könnte der nächste Schritt sein. Jedenfalls besitzt Kenia eine zweite Chance. Es hat sich, mehr oder weniger friedlich, eine neue Verfassung gegeben und baut gerade seine neue Demokratie auf. Im Jahr 2010 gab es 17 Staaten in Afrika, die „50 Jahre Unabhängigkeit“ feierten. Die Festwochen erwiesen sich als identitätsstiftend. Man kann auf einen Urknall der Staatswerdung schauen und Stolz über eine neue Geschichte entwickeln. Neben Kenia scheint Ghana besonders weit in der „neuen Demokratie“ zu sein. Dass immer wieder Gefahren drohen, braucht auch Europäer nicht zu wundern. Sie sollten auch nicht ängstlich auf einen möglichen „religiösen Rassismus“ schauen. Natürlich ist der Norden Afrikas, im Gegensatz zum christlich geprägten Süden, muslimisch dominiert. Natürlich wird es in einzelnen Ländern Versuche neuer Unterdrückung geben. Dass aber auch in Staaten mit deutlich muslimisch-arabischer oder muslimisch-asiatischer Ausformung zu Demokratie und zu Menschenrechten gerufen wird, erlebt die Welt nicht bloß in diesen Monaten.

#### 4. Veränderungen im nördlichen Afrika

Bleiben wir zunächst in der Nordhälfte Afrikas. Dort gibt es nicht nur die blutige Abkehr vom Alten. Im Sudan entsteht sogar Neues, eine eigene Republik im Süden des Landes. Ganz neu ist Derartiges in dieser Weltregion nicht. Auch Somaliland hatte sich 1991 von Somalia abgewendet und 1993 Eritrea von Äthiopien. Gibt es eine Ermunterung zu weiteren Abspaltungen? Nicht nur im nördlichen Afrika, sondern auch südlich der Sahara bis weit hinab zum Sambesi? Treffen Vorwürfe zu, dass sich der Westen hinter der Sezession des Südsudans verbirgt? Historisch korrekt ist es, auch im 19. Jahrhundert die Südsudanesen als eigene Bevölkerung zu sehen. Sie standen von 1821 bis 1881 unter der Herrschaft ägyptisch-osmanischer Potentaten, hatten Sklavenjäger zu ertragen und ab 1881 sogar die Unterdrückung durch das Mahdi-Regime mit der Scharia. Nach 1899, als die Briten am Nil die Befehle austeilten, waren die Südsudanesen getrennt verwaltet, aber auch isoliert worden. Englisch statt Arabisch wurde zur Amts- und Unterrichtssprache. Ab 1930 gab es sogar Pläne in London, den südlichen Sudan, der deutlich rückständig war, an Britisch-Kenia anzugliedern. 1947 aber entließ Großbritannien den gesamten Sudan in die Unabhängigkeit. Da im Süden keine geordnete Verwaltung herrschte, wurden staatliche Mitarbeiter aus dem Nord-Sudan dorthin geschickt. Das Arabische bekam wieder die Oberhand. Der Süden war bei allem nicht gefragt worden. Die nächsten sechs Jahrzehnte, besonders nach der offiziellen Unabhängigkeit des Sudan ab 1. Januar 1956, ließen den südlichen Teil noch ärger im Stich. Die Elite stammte aus nördlich von Khartum lebenden drei arabischen Clans. Einer von ihnen glaubt sich sogar in der Abstammung vom Propheten Mohammed zu befinden. Als im Süden eine marxistische Befreiungsbewegung entstand, dachte deren Führer zunächst gesamt-sudanesisch. Es kam zu weiteren Rebellbewegungen und letztlich zu einem schrecklichen Bürgerkrieg, der nicht ausschließlich vom Thema Nord-Süd oder Religion bestimmt war. Viele Anhänger eines westlichen Eingreifens zugunsten des Südens übten auch in Deutschland politischen Druck aus. Ab 2002 kam es zu Friedensverhandlungen, 2011 zu einem von der internationalen Gemeinschaft getragenen Referendum. Die Sezession ist beschlossene Sache. Da aber im neuen Staat über 200 verschiedene Ethnien leben, ist der Kampf gegen den Norden das eine, der Zusammenhalt im Süden aber das andere. Der „christliche“ Süd-Sudan befindet sich bereits im Fadenkreuz islamistischer Gruppen. „Der Westen“ wird noch viel zu tun haben, um eine gesunde Entwicklung in allen Ländern südlich der Sahara voran zu bringen, ohne die Gefahr von Regionalkriegen. Das galt auch für „West-Sahara“ und manch andere „Sezession“.

#### 5. Nordafrika nur der Hinterhof Europas oder echter Partner?

Rückt Afrika endgültig näher? Es bedarf keiner Prophezeiung, dass es keine Annäherung Afrikas an Südamerika gibt – obwohl in der Urzeit eine gemeinsame Landmasse vorhanden war. Afrika rückt auch nur vereinzelt näher an Asien oder Australien. Nicht nur wegen der Kolonialzeit rückt Afrika näher an Europa. Wenn es um dieses „Näher-Rücken“ geht, dann ist natürlich in erster Linie der Groß-Raum des Mittelmeers gemeint. Zu Zeiten des Römischen Weltreichs nannte man das Mittelmeer „mare nostrum“, „unser Meer“. Zumindest im westlichen Teil, also hin zum Großen Arabischen Westen (Maghreb), hatten die Franzosen das Gefühl, sie beherrschten ihr eigenes „mare nostrum“. Frankreich war Kolonialmacht und fühlt sich auch heute als eine Art Protektor, zumindest als Mentor. Auf Grund der aktuellen Ereignisse lenkt sich das europäische Augenmerk erneut auf den Mittelmeerraum. Mit arabisch-stämmigen Menschen tut sich Europa etwas leichter als mit Schwarzafrikanern. Da hatte es nämlich kurz vor Ausbruch des Kriegs in

Libyen noch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben, wonach 30 Prozent der Befragten gesagt hätten, dass sie an eine „natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern“ glaubten. Rassismus pur spricht aus solchen Zahlen. Er schlägt sich auch in der praktischen Politik nieder, wenn man beispielsweise von der „Festung Europa“ spricht und in Lampedusa jegliche Flüchtlinge als unwillkommen betrachtet. Die historische Bewunderung für arabische Kulturen, für deren Mathematik und Baukunst beispielsweise, schlägt aber neuerdings um in Angst vor islamischem Fundamentalismus und vor einem „Heiligen Krieg“.

Trotz einer immanenten feindseligen Haltung der Völker Europas gegen die afrikanisch-arabische Herausforderung legen Politiker und Wissenschaftler ganz unterschiedlicher Provenienz ihre Ideen eines neuen Zusammenrückens von Europa und Afrika vor. Volker Perthes, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, hatte am 10. März 2011 im „Tagesspiegel“ von einem „Bündnis“ geschrieben, „von dem beide Seiten profitieren“. In erster Linie meinte er einen „Pakt für Arbeit, Ausbildung und Energie“. Europa helfe bei der Ausbildung junger Leute in Nordafrika und biete ehrliche Perspektiven für eine Arbeitsgenehmigung in seinen Mitgliedsländern. „Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten jährlich 30.000 Visa und Arbeitsgenehmigungen für Graduierte aus diesen Ländern bereit stellen, die in einem Traineeship in europäischen Firmen weitergebildet und dann als Nachwuchskräfte beschäftigt werden.“ Der CSU-Europaabgeordnete und Präsident der Paneuropaunion Bernd Posselt hatte in einem 5-Punkte-Plan die politische und wirtschaftliche Stabilität in Nordafrika im Auge. Bildung, Mittelstandförderung, Forschung, Energie-Kooperation (Sonnenenergie), aber auch die Bekämpfung der Kriminalität wären die geeigneten Bereiche, so Posselt, um dauerhaft Wohlstand und Frieden im südeuropäisch-nordafrikanischen Umfeld zu gewinnen. Die Europäische Akademie Berlin wiederum macht sich in einem Workshop Mitte April 2011 Gedanken zum Thema „Nordafrika-Europas neuer Nachbar?“

## 6. Jüngste Entwicklungen

Die Fragestellung im Titel dieses Aufsatzes kommt also nicht von ungefähr. Zwar gerät in unserer schnelllebigen Welt einmal diese und einmal jene Region in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die völlig unerwartete Abkehr vom Alten und Aufbruch-Stimmung zum Neuen im muslimischen Nordafrika macht jedoch die Schicksalsgemeinschaft zwischen Afrika und Europa mehr als bewusst. Vielleicht helfen jetzt sogar die kolonialen Erfahrungen, um – bei gutem Willen – tatsächlich zu einer vertrauensvollen Nachbarschaft und gegenseitigem Gewinn zu kommen.

Es ist also realistisch, das Umfeld des Mittelmeers in einen gemeinsamen Blick zu nehmen. Der sogenannte Barcelona-Prozess von 1995, der 44 Mittelmeer-Länder im Entwicklungs-Fokus hat und als Hauptziel die Förderung von Demokratie und Stabilität sieht, rückt erneut drastisch ins Bewusstsein. Die militärische Intervention in Libyen ist damit nicht gedeckt. Man stellte sich die Zukunft der Mittelmeeranrainer-Staaten anders vor, friedlicher, gesitteter. Man wollte die eigenen Werte hochhalten und die anderen respektieren. Wenn aber jetzt in Arabisch-Nordafrika der gemeinsame Wert „Ruf nach Freiheit“ sichtbar wird, sollte Europa nicht zögerlich sein. Freiheit und wirtschaftlicher Wohlstand sind Kern Europas und wirken sehr attraktiv auf andere – was man auch schon bei den Wirren und Kriegen auf dem Balkan erlebte. Die dortigen Völker waren bereit, sich gegenseitig zu schlachten, um selbst ein „Groß-Serbien“ oder „Groß-Kroatien“ zu errichten. Erst die Attraktivität der Europäischen Union, deren Rechts- und Sozialstaat, deren Freizügigkeit und Achtung der Minderheiten, deren demokratische

Leuchtkraft, hat das mörderische Treiben beendet. Viele Konferenzen von Politischen Stiftungen, von Regierungsinstitutionen und Nicht-Regierungsorganisationen, von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften waren und sind nötig, um Vertrauen zu schaffen. Auch die Jahrhunderte lange (weitgehende) friedliche Existenz von Christentum und Islam auf dem Balkan wirkt nachbarschaftsfördernd. Sollte Ähnliches nicht auch im Umfeld des „Mare Nostrum“ möglich sein?

## 7. Der andere Ansatz

Nochmals den Blick auf ganz Afrika richtend, kommt man zur Bewertung, dass viel mehr in Bewegung ist als durch die spärlichen Meldungen von korrupten Politikern oder regionalen Bürgerkriegen nach Europa dringt. Afrika befindet sich buchstäblich im Aufbruch. Deutsche Unternehmen mögen zwar mehr in den ölreichen Golf-Staaten verdient haben. Vergleicht man aber die Volksrepublik China und ihre Bemühungen um Afrika mit jenen aus Europa, dann werden die Sorgen der Wohlmeinenden nicht kleiner. Über eine Million Chinesen wirken in Afrika. Sie führen Bauaufträge aus, sie schuften als Bauarbeiter, sie machen den Einheimischen Konkurrenz als Kleinhändler und Kleingastronomen, sie verursachen eine neue Art von Korruption und Schutzgeld-Mafia. Kurz, sie sind präsent und sinisieren Afrika. Da müssen die uns bekannten Global Player neue Anstrengungen unternehmen. Da haben die europäischen Gewerkschaften oder Genossenschaftsbanken noch mehr Unterstützungs-Arbeit zu erbringen. Da muss „die Mission“, die christliche Überzeugungsarbeit mit ihren vielen Millionen Transfergeldern, noch zielgerichteter wirken. Da kann zum Beispiel das Internationale Kolpingwerk mit seiner breit fundierten „Idee Direkthilfe“ langfristig punkten. Da ist es auch zu wenig, wenn die deutsche Innenpolitik vom alten Gelaber überschwemmt bleibt „Stopp den Despoten, Stopp mit Waffenexporten, Schuldenerlass den Ärmsten“, wie von der Linken immer wieder geleiert. Gerade die Zeiten der marxistischen Politik in Afrika haben mindestens so viele Despoten, Schulden und Waffen verursacht, wie sie jetzt von deren Nachfahren beklagt werden. Afrika muss ganz anders in den Fokus deutscher und europäischer Politik gestellt werden. Es gilt wirklich der Slogan „Wir sitzen alle in einem Boot“.

Sollte sich deshalb nicht das Bewusstsein entwickeln können, dass man gegenseitig voneinander abhängig ist? Innerhalb des Großen Ganzen und über einzelne Regionalgrenzen hinweg? Sollte man nicht zur Kenntnis nehmen, dass Afrika tatsächlich „endgültig“ näher rückt? Es gilt: Ja, wann sonst gibt es den Kairos, den richtigen Zeitpunkt. Dann muss Europa aber den aufbrechenden Gesellschaftsschichten, vor allem der Jugend und den Frauen, eine Hoffnung geben. Mit langem Atem! Nicht ein von Brüssel gesteuerter Moloch kann das Ziel sein, nicht eine nochmals erweiterte Europäische Union. Ein dichtes Geflecht wirtschaftlicher, politischer, gesellschaftlicher Beziehungen müsste machbar sein. Wenn Nordafrika näher rückt, kommt eines Tages auch ganz Afrika in den Genuss stabiler Verhältnisse – bei selbstverständlicher Achtung von Kultur und Tradition. Nationale Parlamente und das Europaparlament bleiben aufgerufen, noch genauer als bisher den Handelnden auf die Finger zu schauen und zu klopfen. Vielleicht hatte es des Umwegs über Kolonialisierung, De-Kolonialisierung, Ideologisierung und nationalen Macht-Missbrauch zum neuen Zusammenleben bedurft. Die Wiege der Menschheit, Afrika, und die Schatzkammer der Natur, ebenfalls Afrika, rufen zu besserer Politik im 21. Jahrhundert auf. Sollte Tunesien, die Heimat des alten Karthago, mit seiner Revolution Auslöser eines neuen Engagements von Rom und Madrid, von London und Paris, von Berlin und Ankara geworden



sein? Sollte die Europäische Union, das „Reich des stabilen Friedens“, mit ihren Werten der Demokratie und der Menschenrechte und mit ihrer überlieferten wirtschaftlichen Stärke auf afrikanischem Boden segensreich wirken (dürfen)?



**Dr. Klaus Rose**, geboren 1941, Mitglied des Deutschen Bundestages (März 1977-Okttober 2005), stellv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses (1987-1994) sowie haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe (1990-1994), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses (Dezember 1994-Januar 1997), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung (Januar 1997-Oktober 1998)

**Empfohlene Zitation:** Rose, Klaus (2011): Rückt Afrika endgültig näher?, FRP Working Paper 04/2011, Regensburg,  
abrufbar unter: [www.regensburger-politikwissenschaftler.de/frp\\_working\\_paper\\_04\\_2011.pdf](http://www.regensburger-politikwissenschaftler.de/frp_working_paper_04_2011.pdf)